

Die Polizei in Umbruchssituationen – 29. Kolloquium zur Polizeigeschichte

Veranstalter: Thomas Grotum / Lena Haase, Universität Trier; Georgios Terizakis, Hochschule der Polizei Rheinland-Pfalz

Datum, Ort: 04.07.2019–06.07.2019, Trier

Bericht von: Alisa Alić, Fachbereich III - Neuere und Neueste Geschichte, Universität Trier

Als Kooperationsveranstaltung der Universität Trier und der Hochschule der Polizei Rheinland-Pfalz richteten Lena Haase, Thomas Grotum und Georgios Terizakis das 29. Kolloquium zur Polizeigeschichte in der Aula der Hochschule Trier am Paulusplatz aus. Das Thema gab dabei einen recht offenen Rahmen, der es ermöglichte, nicht nur Umbrüche politischer, sondern auch wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und kultureller Art zu berücksichtigen. Dementsprechend kam es zu einem sowohl internationalen als auch interdisziplinären Austausch zwischen HistorikerInnen, ArchivarInnen und SoziologInnen sowie PolizeibeamtInnen.

Eröffnet wurde das Kolloquium mit einem Beitrag von GERHARD FÜRMETZ (München), HERBERT REINKE (Berlin/Brüssel) und KLAUS WEINHAUER (Bielefeld), in dem des Anfang des Jahres verstorbenen Historikers und Initiators dieses Formats, Alf Lüdtkes, gedacht wurde. Seine maßgebenden Verdienste für die Geschichtswissenschaft und im Besonderen für die Polizeigeschichte wurden angesprochen. Call for Papers, offene Sektion, Raum für Präsentationen jüngerer NachwuchshistorikerInnen, die Öffnung für interessierte NichthistorikerInnen und ein demokratischer Ablauf – die Prinzipien, die dem Kolloquium seit seinen Anfängen zu Grunde liegen und von der diesjährigen Organisation konsequent beherzigt wurden, seien maßgeblich von Alf Lüdtkes geprägt und weisen implizit auf dessen Lebenswerk hin. Denn sein Forschungsbeitrag, so die Redner, lag in der Abkehr von eher abstrakten, traditionell rechtshistorisch und normativ ausgerichteten Forschungsperspektiven, die den Polizeibegriff unter anderem stark auf die Sicherheitsfunktion reduzierten. Grundsätzlich plädierte er für eine Abkehr von histori-

schen Betrachtungsweisen, die Akteure vorwiegend durch pauschale und unreflektierte Kollektivitätsannahmen objektivieren. Stattdessen fragte und suchte Lüdtkes nach individuellen Handlungsspielräumen, nach dem Eigen-Sinn der Individuen, gerade in Beziehung zu deren Herrschaftsverhältnissen. Polizei verstand er konsequent als Teil eines Herrschaftsgefüges, unternahm jedoch den Versuch, dieses anhand der Praktiken des Alltags von Polizei und in Wechselwirkung mit den Polizzierten zu fassen. So besteht ein weiteres Verdienst Lüdtkes darin, „Sicherheit“ und „Wohlfahrt“ in eine sinnstiftende Verbindung gebracht zu haben. All diese Zugänge förderten eine Subjektivierung von Polizeigeschichte und nähmen das handelnde Subjekt zum Ausgangspunkt der polizeihistorischen Forschung. Lüdtkes Ansatz bildeten somit eine Weichenstellung und bewirkten gleichzeitig eine Öffnung der Polizeigeschichte für soziologische und kulturhistorische Betrachtungsweisen. Daneben ist durch seine Bemühungen in der *Labour History*, der ArbeiterInnengeschichte, ein Zusammenkommen von Geschichtswissenschaft und anthropologisch-ethnologischen Forschungen zu verzeichnen. Das Themenspektrum, das sich in den einzelnen Sektionen des Kolloquiums abzeichnete, scheint daher von Alf Lüdtkes besonderer Signatur begleitet zu sein.

Die globale bzw. internationale Perspektive hatte der Historiker Alf Lüdtkes stets mit im Blick¹, und diese fand ihren Platz sogleich in der ersten Sektion. ANJA JOHANSEN (Dundee) präsentierte ihre aktuellen Forschungen hinsichtlich einer Kontinuität, die in Frankreich ungeachtet des Wandels der Herrschaftsformen vom autoritären Zweiten Kaiserreich bis in die Dritte Republik bestehen blieb: der vollständigen Straffreiheit für das französische Polizeipersonal bezüglich krimineller Delikte wie illegaler Festnahmen, trotz vorhandener gesetzlicher Regelungen qua Strafgesetzbuch. Als Vergleich zog die Referentin die Entwicklungen in Preußen und Großbritannien bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges heran, um so die Sonderstellung Frankreichs – trotz eines vergleichs-

¹Claudia Kraft / Alf Lüdtkes / Jürgen Martschukat (Hrsg.), *Kolonialgeschichten. Regionale Perspektiven auf ein globales Phänomen*, Frankfurt am Main 2010.

weise fortgeschrittenen Demokratisierungsprozesses der Dritten Republik – herauszustellen. Hieraus ergibt sich für Johansen eine Schlüsselstelle für die Frage nach Mechanismen, die die Rechenschaftspflicht der Polizei gegenüber Öffentlichkeit und Gesetz beeinflussen können. In der Dritten Republik erwiesen sich strukturelle Kontinuitäten und die damit einhergehende etablierte Praxis als besonders hartnäckig, und die neue, „demokratischere“ Herrschaftsform vermochte es nicht, diese zu brechen. Die Dritte Republik ist für sie daher ein möglicher Ausgangspunkt für weitere vergleichende Untersuchungen, gerade im Hinblick auf die Aktualität der Thematik.

Wie sich die Polizei in Turku, der ehemaligen Hauptstadt Finnlands und der Geburtsstätte der finnischen Polizeieinrichtung, innerhalb von Umbrüchen vielfältigster Art (von politisch wechselnden Herrschaftsformen über einen Bürgerkrieg bis hin zur Okkupation und drohenden Auswirkungen der Russischen Revolutionen) als unpolitische Institution zu positionieren suchte, war das Thema von VESA VARES (Turku). Professionalisierungsbestrebungen waren dabei anscheinend ein wichtiger Faktor für das Selbstverständnis der Polizei als unpolitische Einrichtung. Trotz dieser Bestrebungen stellt Vares ein „blindes Auge“ der Polizei für rechtsradikale Gruppierungen fest.

Auch in einem weiteren Beitrag (in Sektion 6) spielte das Verständnis der eigenen Professionalität eine wichtige Rolle. Für LINDSAY MACNEILL (Washington) stellte es einen Grund für das Nichteinschreiten der Polizei im Zuge der Ausschreitungen vom 11. März 1938 in Wien im Rahmen des „Anschlusses“ an das „Dritte Reich“ dar. Durch dieses Professionalisierungsverständnis sei es möglich gewesen, das individuelle Selbstinteresse so eng mit der professionellen polizeilichen Identität zu verbinden, dass der Erhalt der Institution über die Rechenschaftspflicht und Verantwortung gegenüber dem Gesetz, dem Staat und der Bevölkerung gestellt wurde. Die Konsequenz dieser These ist ein Polizeiapparat, der beliebig zwischen Demokratie und Diktatur austauschbar wäre.

Mit seiner Regionalstudie zu Molotov prä-sentiertere IMMO REBITSCHKE (Jena) neue

empirisch fundierte Erkenntnisse über den Umgang mit Polizeiwillkür in der Sowjetunion nach dem Tod Stalins. Rebitschke zeichnete einen Prozess nach, der von Willkür, Miss-handlungen und Korruption – was in der Öffentlichkeit als Polizeiterror wahrgenommen wurde – hin zu einer „disziplinierten Diktatur“² mit dem Leitmotiv der „sozialistischen Gesetzlichkeit“ reichte. In diesem Prozess wies er der Staatsanwaltschaft, die sich beständig professionalisierte, eine Schlüssel-funktion zu. Diese könne unter anderem am Kontrollgewinn über die Strafverfolgung im sowjetischen Lagersystem, dem Gulag, deutlich abgelesen werden. Die Zahl der durch die Staatsanwaltschaft eingeleiteten Gerichtsverfahren stieg nach dem Umbruch derart an, dass eine neue, regelhafte Lagerkultur und die Eingrenzung der Willkür durch die Geheim-polizei die Folge waren. Nicht zuletzt, so Rebitschke, trafen diese Umwälzungen auch die Rechenschaftspflicht der Kriminalpolizei. So reagierte die Staatsanwaltschaft ab dem Sommer 1953, nach der Entmachtung (und Hinrichtung) des Innenministers und Polizeichefs Lavrentij Pavlovič Berija, bei Dienst-vergehen nun unverzüglich, mit dem Ziel, die Qualität der Ermittlungen zu verbessern. Durch diese Verurteilung der Verkörperung von Terror in der Person Berijas sei ein Pa-radigmenwechsel eingetreten, der das Kräfte-verhältnis der Handlungsspielräume von Po-lizei und Staatsanwaltschaft zugunsten letzterer entschied.

Von großer Aktualität für die derzeitige so-wie zukünftige Polizeiarbeit waren die ethno-logischen bzw. soziologischen Forschungsan-sätze von JAN BEEK (Mainz) und KAI SEI-DENSTICKER (Düsseldorf). Ausgehend von einer sich sprachlich wie ethnisch zuneh-mend heterogen entwickelnden Gesellschaft, verstanden als aktuelle Umbruchssituation in der Bundesrepublik, hat Jan Beek die Interak-tion zwischen PolizistInnen und MigrantIn-nen in seinem Forschungsprojekt zum Gegen-stand gemacht. Über die Übersetzungsprak-tiken der Akteursgruppen, sprich: die Ver-mittlungsanstrengungen zwischen PolizistIn-nen und MigrantInnen, das Aushandeln ei-

² Immo Rebitschke, Die disziplinierte Diktatur. Stalinismus und Justiz in der Sowjetischen Provinz, (Beiträge zur Geschichte Osteuropas 51), Köln u. a. 2018.

ner „gemeinsamen Sprache“ als Kommunikationsbasis, soll untersucht werden, wie und wann Zuschreibungen kultureller Fremdheit beider Seiten in der Interaktion zum Tragen kommen. Die Akteure sind nach Beek Fachleute alltagsweltlicher Differenzen, weshalb er in ihnen „Para-EthnologInnen“ sieht.

Auch im Bereich der Veränderung von Erwerbsarbeit und Geschlechterverhältnis befindet sich die Polizei als institutionelle Organisation derzeit in einem Wandlungsprozess. Seidensticker untersucht in seinem Dissertationsprojekt, ob – und wenn ja, wie – dieser Wandel in Bezug auf die bisher strukturell tradierte hegemoniale Männlichkeitskonstruktion (Polizist als typisch männlicher Beruf) auf den verschiedenen Ebenen der polizeilichen Organisation stattfindet. Auf der Grundlage von Interviews mit PolizistInnen aus Nordrhein-Westfalen kommt Seidensticker zu unterschiedlichen Konstruktionen von Männlichkeit, die in Abhängigkeit von der kulturellen Sozialisation entstehen. Sie changieren in einem Spektrum von aggressiver Polizeimännlichkeit im Bereitschaftsdienst über die modernisierte Männlichkeit bei Studierenden und die Management-Männlichkeit im höheren Dienst.

Fragen des staatlichen Gewaltmonopols und Gründe für die Auslagerung von Sicherheits- und Ordnungsfunktionen wurden von AMERIGO CARUSO (Saarbrücken) und FELIX BERGE (München) historisch analysiert. Caruso kam dabei, unter anderem anhand von Streikbrecherorganisationen und Zechenwehren des Deutschen Kaiserreiches, die privatisierte Einheiten oder ein Gemisch aus staatlich-privaten Polizeieinheiten darstellten, zu dem Schluss, dass Krisen- und Umbruchssituationen die Privatisierung von Gewalt durchaus befördern können, Outsourcing jedoch auch unabhängig von Ausnahmesituationen betrieben wurde. Im Vergleich mit Debatten über die Privatisierung von Gewalt in der Zeitgeschichte im Ausgang des Neoliberalismus und der Globalisierung nach dem 11. September 2001 gelangte er zu dem Ergebnis, dass die Durchsetzung staatlich monopolisierter Gewalt schon seit dem Kaiserreich in einem ergebnisoffenen und lückenhaften Prozess stecke und daher kein spezifisches Phänomen

der Zeitgeschichte darstelle.

Eine solche Ausnahmesituation der frühen Weimarer Republik stellten die Märzkämpfe von 1921 dar, die Felix Berge anhand einer Regionalstudie am Beispiel der Stadt Gevelsberg in Zusammenhang mit der Sicherheitsfunktion und dem Verhältnis von Bürgern und Ortschaftspolizei brachte. Hier sah sich die Ortschaftspolizei als eigentliche Vertreterin des Gewaltmonopols und als Garantin des lokalen Staates einer Übermacht an Aufständischen gegenüber. In Reaktion auf diese „kommunistischen Unruhen“ forderte der bürgerliche Verein Gevelsberg die Bildung einer bewaffneten Bürgerwehr. Der Verein, so Berge, hatte sein Vertrauen zur Ortschaftspolizei verloren. Die aus diesem Konflikt resultierende Vertrauenskrise auf drei Ebenen (Bürgertum, Ortschaftspolizei und ArbeiterInnenbewegung) interpretierte Berge als Infragestellung des Staates und seines Gewaltmonopols. In beiden Beiträgen wurde deutlich, wie die Art und Weise der Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols eine Auslagerung der Sicherheitsfunktion beeinflussen kann.

Ebenfalls aktuell und allgegenwärtig debattiert wird der digitale Umbruch in fast allen gesellschaftlichen Bereichen unserer Zeit. Viele Fragen der Umstellung von analogen zu digitalen Prozessen sind bisher nicht hinreichend geklärt. In einigen Bundesländern hat die Polizei diesen Wandlungsprozess bereits vollständig vollzogen, und im Rest der Bundesrepublik ist sie gerade dabei, die Umstellung vorzunehmen. Im Vergleich mit anderen Behörden nimmt die Polizei in der Durchführung des digitalen Wandlungsprozesses sogar eine Vorreiterrolle ein. Es stellt sich die Frage, wie die zukünftige Abgabe von archivwürdigem amtlichen Schriftgut an Archive sinnvoll umgesetzt werden kann.

PHILIP HAAS (Wolfenbüttel) vom Niedersächsischen Landesarchiv hat es sich daher zur Aufgabe gemacht, eine mögliche Handreichung von Bewertungs- und Auswahlkriterien für den zukünftigen Umgang mit der Aussonderung und Abgabe von potentiellen elektronischen Quellen der Polizei an Archive zu entwickeln. Konkret soll so eine normierte Grundlage für den Umgang mit Kriminalakten des Niedersächsischen Landesarchives geschaffen werden.

Anhand von Meldungen der Wiener Polizei und der niederösterreichischen Gendarmerie aus dem letzten Kriegsjahr des Ersten Weltkrieges fragte FLORIAN WENNINGER (Wien), wie die Exekutive auf die drohende österreichische Revolution von 1918 reagierte und warum diese so lange unterschätzt wurde. Ausgangspunkt für Wenninger war die Frage, wie die Polizei selbst merken könne, dass sie sich in einer Umbruchssituation befindet. Besonders interessant war in diesem Kontext, dass das Raumkonzept der Stadt mit in den Blick genommen wurde, da das Sicherheitskonzept der Polizei darauf ausgerichtet war. Ziel dieses Konzepts war es, die verschiedenen Räume der Stadt, die sich in innere Stadt, Innenstadt und Vorstadt gliedert, voneinander zu trennen. Das bedeutete konkret, die Bevölkerungsschichten der jeweiligen Stadträume zu separieren. Als eine besondere Gefahr wurde es von der Polizei wahrgenommen, wenn die Bevölkerung des äußeren Kreises (Vorstadt) in den inneren Kern der Stadt einzudringen versuchte.

Wie sich der Einsatz deutscher Polizeieinheiten während der nationalsozialistischen Expansion in verschiedenen Teilen Europas gestaltete, stellten WALTER RUMMEL (Speyer) und RENÉ MOEHRLE (Trier) in der letzten Sektion dar. Die Aufgaben der SS- und anderer Polizeieinheiten unter Führung von Odilo Globocnik in der sogenannten Operationszone Adriatisches Küstenland gestalteten sich recht vielfältig und waren – so stellte Moehrle fest – von Gegebenheiten und Besonderheiten wie der ethnischen Vielfalt vor Ort stark abhängig. Triest war eines der strategischen Zentren der fast vollständig autonomen Operationszone.³ Neben der Verfolgung der jüdischen Bevölkerung nahm der Kampf gegen die Partisanen und den Schwarzmarkt sowie die Sicherung des Straßen- und Transportnetzes durch eine eigene Wirtschaftspolizei eine wichtige Funktion ein. Die italienischen Polizeistrukturen blieben dabei unbewaffnet bestehen und wurden sukzessive in die deutschen Kommandostrukturen integriert.

Für die Besetzung Lothringens erkannte Walter Rummel in der Ordnungspolizei und der Feldpolizei (Militärpolizei der Wehrmacht) einen ebenso festen Bestandteil bru-

taler Unterdrückungs- und Vertreibungspolitik, wie sie durch Gestapo und SS bzw. SD zu verzeichnen war. Die Quellenlage für die intensive Erforschung der Geschichte für diese Region gestaltet sich jedoch schwierig. Quellen, die eine direkte Reflexion der polizeilichen Tätigkeiten ermöglichen könnten, sind bewusst vernichtet worden, und womöglich aufschlussreiche französische Akten der Justiz sind aufgrund französischer Archivgesetze nicht zugänglich. In seinem Beitrag präsentierte Rummel daher ein *work in progress* mit dem Ziel, die Möglichkeiten einer kritischen, aber ausschöpfenden Untersuchung von Entnazifizierungsakten am Beispiel Lothringens vorzustellen. Gerade in übertriebenen Unschuldsaussagen („Persilscheinen“) sieht er ein Potential, das mögliche Gegenteil aufzulegen.

Eine inhaltliche Synthese des Kolloquiums zu formulieren, ist mit dem gewünschten offenen thematischen Rahmen, wie Herbert Reinke abschließend resümierte, eine „mission impossible“. Die Forschungsbeiträge zusammenzubringen oder vielmehr ein Bewertungssystem anzulegen, gelang ihm durch ein methodisches Rahmenkonzept in Anlehnung an Alf Lüdtke. Demnach könnten die Beiträge in einem Spektrum zwischen den Polen einer objektivierenden oder subjektivierenden Herangehensweise an die Polizeigeschichte verortet werden. Vielen Beiträge attestierte er einen stärker objektivierenden Umgang, dem Beitrag von Leonid Rein eine durchaus subjektive Betrachtung sowohl der Besatzer als auch der einheimischen Hilfspolizei während der Okkupation Weißrusslands durch die Nationalsozialisten. Jedoch zeichne sich die Mehrheit der Beiträge durch eine Mischform aus. Beispielfhaft nannte er die Studie von Immo Rebitschek. Als äußerst gewinnbringend schilderte er das breite Spektrum der Beiträge, das durch die konkrete Themenstellung befördert wurde und so das Potential des Forschungsfeldes Polizeigeschichte bestätigte. Auch für die Polizeigeschichte bisher anscheinend vernachlässigte Möglichkeiten sind, wenn auch nicht zentral themati-

³ René Moehrle, Judenverfolgung in Triest während Faschismus und Nationalsozialismus 1922–1945, (Studien zum Antisemitismus in Europa 7), Berlin 2014, S. 312.

siert, als Inspirationsquelle innerhalb der Diskussionen erkannt worden. Einen solchen Aspekt stellt die Kategorie des Raumes dar, die zukünftig erkenntnisfördernd adaptiert werden könnte.

Konferenzübersicht:

Thomas Grotum (Universität Trier), Lena Haase (Universität Trier), Georgios Terizakis (Hochschule der Polizei Rheinland-Pfalz): Begrüßung und Einführung

Michael Jäckel (Präsident der Universität Trier), Friedel Durben (Direktor der Hochschule der Polizei Rheinland-Pfalz): Grußworte

Gerhard Fürmetz (Bayerisches Hauptstaatsarchiv München), Herbert Reinke (Berlin/Brüssel), Klaus Weinbauer (Universität Bielefeld): Soziale Praxis der Polizei und Alltag der Polizzierten – Alf Lüdtkke und die neue(re) Polizeigeschichtsforschung

Sektion 1: Die Polizei in Umbruchssituationen in internationaler Perspektive

Chair: Lutz Raphael (Universität Trier)

Anja Johansen (University of Dundee): Non-prosecution of police personnel for criminal offences in the French Third Republic 1872–1914. *New régime, old practices*

Vesa Vares (University of Turku): The police of a small country during political upheavals 1917–1948

Leonid Rein (International Institute for Holocaust Research Yad Vashem): Police and the New Order: Police in German-occupied Belarus, 1941–1944

Sektion 2: Polizeiarbeit im Kalten Krieg

Chair: Gerhard Sälter (Stiftung Berliner Mauer, Berlin)

Mónika Contreras-Saiz (Freie Universität Berlin): Zirkulation von Polizeifachwissen in politischen Umbruchssituationen. Chiles politische Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland und Kuba (1955–1973)

Immo Rebitschek (Friedrich-Schiller-Universität Jena): Vom Ende der Unantastbarkeit. Die sowjetische (Geheim-)Polizei nach Stalins Tod 1953–1956

Sektion 3: Institutioneller und kultureller Wandel in der Polizei

Chair: Klaus Weinbauer (Universität Bielefeld)

Ines Heisig (Universität des Saarlandes, Saarbrücken): Die Entwicklung der Gewerkschaft der Polizei Saar in politischen Umbruchssituationen 1945–1967/68

Kai Seidensticker (LKA Nordrhein-Westfalen): Polizeimännlichkeiten. Eine empirische Untersuchung zu Wandel und Beständigkeit von Männlichkeitskonstruktionen in der Polizei (Werkstattbericht)

Jan Beek (Johannes Gutenberg-Universität Mainz): Übersetzungen und die Zuschreibung kultureller Fremdheit in Polizei-Migrant-Interaktionen

Sektion 4: Zwischen Monarchie und Demokratie: Reaktionen der Polizei auf politische Umbrüche am Übergang vom 19. zum 20. Jahrhundert

Chair: Lena Haase (Universität Trier)

Amerigo Caruso (Universität des Saarlandes): „Deutsche Pinkertons“ – Die Entstehung privater und halbstaatlicher Sicherheitskräfte im wilhelminischen Reich

Eberhard Demm: The police as censor during the First World War – The situation in Berlin and Paris

Felix Berge (Institut für Zeitgeschichte München): „Was tat diese Polizei, um Recht und Gesetz zu schützen?“ Das Verhältnis von lokaler Gesellschaft und Polizei nach den März-kämpfen 1921

Sektion 5: Von der Institutionalisierung zur Digitalisierung

Chair: Gerhard Fürmetz (Bayerisches Hauptstaatsarchiv München)

Julian Lahner (Universität Innsbruck): Grenzen und Möglichkeiten der Innsbrucker Polizeidirektion als regionales Wach- und Kontrollorgan in Tirol, 1786–1790

Philip Haas (Niedersächsisches Landesarchiv, Wolfenbüttel): Digitaler Umbruch – Wegbrechen der Quellen? Die Bewertung und Archivierung personenbezogener elektronischer Kriminalakten im Niedersächsischen Landes-

archiv

Offene Sektion

Chair: Andreas Borsch (Universität Trier)

Friedemann Rincke (Haus der Geschichte Baden-Württemberg, Stuttgart): Das Museum „Hotel Silber“ – Eine neue Ausstellung zur Geschichte der Polizei und der Gestapo in Württemberg

Sektion 6: Wien im Fokus – Aufgaben und Herausforderungen städtischer Polizei in politischen Umbruchssituationen

Chair: Georgios Terizakis (Hochschule der Polizei Rheinland-Pfalz)

Florian Wenninger (Universität Wien): Von der Devianz zum Umbruch? Der Großraum Wien in der zeitgenössischen sicherheitspolizeilichen Perspektive 1917/18

Lindsay MacNeill (American University Washington): Passivity amidst upheaval. The Viennese police and the Anschluss

Sektion 7: Deutsche Polizei im Auslandseinsatz während der nationalsozialistischen Expansion in Europa

Chair: Thomas Grotum (Universität Trier)

Walter Rummel (Landesarchiv Speyer): Der Einsatz deutscher Polizisten im besetzten Lothringen, 1940–1944

René Moehrle (Universität Trier): Polizeistrukturen und Aufgabenbereiche in der Operationszone Adriatisches Küstenland

Herbert Reinke (Berlin/Brüssel): Synthese „Polizei in Umbruchssituationen“

Tagungsbericht *Die Polizei in Umbruchssituationen – 29. Kolloquium zur Polizeigeschichte*. 04.07.2019–06.07.2019, Trier, in: H-Soz-Kult 29.08.2019.